

PRESSEMITTEILUNG

Düsseldorf, 7. April 2016

Die Weiterbildung in NRW fordert vom Land jährlich 20 Millionen Euro zusätzlich für ein Offensivprogramm „Integration durch Weiterbildung“

Die Sprecherin und der Sprecher des Gesprächskreises für Landesorganisationen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen, Ulrike Kilp und Wolfgang Jost, forderten heute in Düsseldorf die im nordrhein-westfälischen Landtag vertretenen Parteien auf, bei den anstehenden Beratungen des Nachtragshaushaltes 20 Millionen Euro zusätzlich in den Landeshaushalt für ein Offensivprogramm „Integration durch Weiterbildung“ einzustellen.

Die gemeinwohlorientierte Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen teile die von Politik und Wissenschaft mit großer Mehrheit vertretene Auffassung, dass Bildung der Schlüssel für eine gelingende Integration sei, erklärten Kilp und Jost.

„Aber wenn Bildung der Schlüssel ist, dann müssen alle Bereiche der Bildung finanziell vom Land angemessen unterstützt werden. Dann darf die Weiterbildung in unserem Land nicht hinten anstehen“, begründeten Kilp und Jost die Forderung der 460 gemeinwohlorientierten Weiterbildungseinrichtungen in NRW nach einem 20 Millionen-Euro-Offensivprogramm des Landes.

Die Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen leiste schon heute mit ihrem breiten Angebot von allgemeiner, politischer, beruflicher, schulabschlussbezogener und kultureller Weiterbildung sowie mit Eltern- und Familienbildung einen unverzichtbaren Beitrag bei der Integration von hunderttausenden Menschen aus anderen Kulturen in unsere Gesellschaft. Mit den derzeit zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln aus dem Weiterbildungsgesetz und anderen Förderprogrammen des Landes, des Bundes und der Kommunen ließen sich die vielfältigen und notwendigen Integrationsaufgaben nicht bewältigen. „Die Weiterbildungseinrichtungen fahren personell und finanziell am Limit. Mehr geht nicht ohne zusätzliche Landesmittel“, stellten Kilp und Jost fest.

„Wenn die Integration in unserem Land dauerhaft gelingen soll, brauchen wir in den nächsten zehn Jahren mindestens zusätzlich 20 Millionen Euro jährlich für zusätzliche Sprach- und Integrationsangebote, die Förderung der Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit, die Qualifizierung haupt- und ehrenamtlichen Personals, gemeinsame Angebote von Einheimischen und Flüchtlingen und die Stärkung demokratischer Prozesse“, erklärten die Sprecherin und der Sprecher und forderten die Fraktionen im Landtag auf, mit dem Nachtragshaushalt 2016 ein deutliches Zeichen pro Integration zu setzen und das 20 Millionen-Euro-Programm zu beschließen.

Ansprechpartner für Rückfragen:

Ulrike Kilp (Sprecherin) – Tel. 0211/542141-11; E-Mail: kilp@vhs-nrw.de

Wolfgang Jost (Sprecher) – Tel. 0203/7381-772; E-Mail: Wolfgang.Jost@blsb-nrw.de